Beschluss Wo bleibt das Klimageld? – Für sozial gerechten Klimaschutz!

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz Jena 02. bis 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	03.02.2024
Tagesordnungspunkt:	9. Sonstige Anträge

Antragstext

Die Verteuerung fossiler Energie durch steigende CO2-Preise ist angesichts der Klimakrise notwendig. Es ist ein wichtiger Anreiz, damit wir auf moderne, umweltschonende Technologien umsteigen und die Klimakrise eindämmen können. Gleichzeitig braucht es aber auch einen sozialen Ausgleich.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, die gesamten Einnahmen aus dem nationalen CO2-Preis und dem Europäischen Emissionshandel (ETS) an die Bürger*innen in Form eines Klimageldes zurückzugeben. Der Auszahlungsmechanismus muss möglichst bald zur Verfügung stehen, damit die Auszahlung des Klimageldes Anfang 2025 starten kann.

Die Preissteigerungen durch die Anhebung des CO2-Preises und die steigenden Preise des Europäischen Emissionshandels (ETS) treffen besonders mittlere und untere Einkommenshaushalte. Die Heizkosten und das Tanken werden teurer und belasten viele Mieter*innen, Beschäftigte und Verbraucher*innen.

Dabei sind es vor allem Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen, die mit ihrem teils exzessiven Lebensstil am meisten Treibhausgase ausstoßen und so die Klimakrise am stärksten anheizen: Weil sie insgesamt mehr konsumieren, mehr Auto fahren oder häufiger fliegen. Das reichste Prozent in Deutschland verursacht durchschnittlich pro Kopf fünfzehn Mal so viele CO2-Emissionen wie ein Mensch aus der ärmeren Hälfte der Bevölkerung.

Die schnelle Einführung eines Klimageldes würde besonders die unteren und mittleren Einkommen entlasten. Zugleich belohnt es diejenigen, die weniger CO2 verursachen.

Das Klimageld sollte dabei nicht nur die Einnahmen aus dem CO2-Preis der kommenden Jahre an die Menschen zurückgeben, sondern auch in angemessenem Umfang die der letzten Jahre. Dafür dürfen diese Einahmen nicht für andere Maßnahmen, wie beispielsweise Förderprogramme, genutzt werden. Das widerspricht dem Anspruch des Klimagelds, eine sozial gerechte Ausgleichsmaßnahme zu sein. Notwendige Investitionsförderungen für die klimaneutrale Transformation sollten anderweitig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, notfalls auch durch Kreditaufnahme.

Die Bundesregierung muss Wort halten und das Klimageld als sozialen Ausgleichmechanismus schnellstmöglich einführen. Nur so kann Klimaschutz sozial gerecht und mit der notwendigen gesellschaftlichen Akzeptanz erreicht werden.

Begründung

Es es richtig, dass klimaschädliches Verhalten teurer wird.

Aber, dass Löcher im Haushalt durch Konsumsteuern gestopft werden, die vor allem die untere Hälfte der Bevölkerung treffen, ist sozial ungerecht und führt dazu, dass die Akzeptanz für Klimaschutz verloren geht.

Das Klimageld ist eine gute und wichtige Maßnahme. Daher muss es schnellstmöglich umgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass die Einnahmen aus dem CO2-Preis jetzt genutzt werden, um Löcher im Haushalt zu stopfen.